Mit fortschreitender Energiewende müssen Stromnetze angepasst werden. Das bedeutet aber in keiner Weise den Bedarf an sündhaft teuren und naturzerstörenden HGÜ (Hochspannung-Gleichstrom-Übertragungsleitungen)! Der Beweis der Notwendigkeit der HGÜ wurde von der Politik und der Bundesnetzagentur (BNetzA) nie geliefert!

Wir haben ein gut funktionierendes Stromnetz in Deutschland! Wenn die bestehenden Stromleitungen optimiert (z.B. höhere Spannung, Hochtemperaturseile, Temperaturmonitoring) würden und durch Speicher und Flexibilisierungsoptionen ergänzt würden, käme das für uns Bürger viel billiger und wäre umweltschonender. All das berücksichtigt die BNetzA nicht oder nicht ausreichend. Herr Fell dazu: „Ein Ausbauszenario muss auch von 100 % EE ausgehen, sonst sind die Planungen alle Makulatur!“.

Landrat Schneider sprach davon, dass der Landkreis Haßberge womöglich vom Netzausbau betroffen sein könnte. Fakt ist, dass durch den Bau von HGÜ alle deutschen Bürger, Handwerker, Kleinunternehmer und mittelständischen Unternehmen finanziell betroffen wären. Es gibt Stimmen, die als Mehrkosten zwischen 5 und 10 ct/kWh nennen. Es ist unverständlich, dass kein Aufschrei durch Deutschland geht! Die wenigsten wissen außerdem, dass das eingesetzte Eigenkapital von TenneT mit mehr als neun Prozent bei SuedLink verzinst wird und an den niederländischen Staat fließt!

Landrat Schneider äußerte auch, dass er „nicht mehr weiß, wem er glauben soll!“. Die Bundesnetzagentur hat sofort ein Gespräch angeboten, zu dem Landräte, Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder eingeladen werden könnten. Die B-NetzA behauptet, dass diese Leitungen gebraucht werden. Herr Lips von der BNetzA behauptete sogar „bei 65 % Wind- und Sonnenstrom bis 2034 sind zusätzlich 8 weitere HGÜ erforderlich“. So ein Unsinn! Das bedeutete, dass etwa 200 TWh Strom vom Norden nach Bayern kommen würden. Bayern hat aber nur einen Verbrauch von ca. 80 TWh. Also müssten 120 TWh im Norden gespeichert werden. Aber wenn schon Speicher, dann kann auch auf HGÜ verzichtet werden. Wenn ich Landrat wäre würde ich stattdessen Skeptiker der HGÜ einladen. Denkbar wären da ein Verantwortlicher der N-ERGIE (Stadtwerke Nürnberg) oder Frau Prof. Dr. Grimm von der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen. Sie hat zum Thema HGÜ die Studie „Dezentralität und zellulare Optimierung – Auswirkungen auf den Netzausbaubedarf“ erstellt. Diese zeigt, dass je nach Annahmen(Szenariorahmen) der Bundesregierung, mit der BNetzA als ausführende Behörde, die erforderlichen HGÜ zwischen 14 und 0 betragen kann. Zumindest sollte der Landrat Schneider auch Skeptiker des wahnwitzigen HGÜ-Ausbaus zu einer Veranstaltung mit der BNetzA einladen.

Landrat Schneider wünscht sich mehr Stromspeicher. Er hat Recht! Ohne sehr viele und verschiedene Speicher wird die Energiewende scheitern! Der „Bürger“ Richard Bethmann sprach die Speichervariante „Power to Gas“ an, die dann mit (kleineren als vor einiger Zeit in Schweinfurt diskutierten) Gaskraftwerken an den Standorten abgeschalteter Großkraftwerke (Atom und Kohle) gebaut werden sollten. Das würde nur einen Bruchteil des HGÜ-Neubaus kosten und hätte den Vorteil der zeitlichen Verschiebbarkeit der Stromerzeugung. Dabei wird „überschüssiger“ Sonnen- und Windstrom (aus Anlagen, die sonst abgeschaltet würden, d.h. Wirkungsgrad Null Prozent!) in Wasserstoff umgewandelt. Die zeitlich versetzte Rückverstromung kann auf unterschiedliche Arten erfolgen und erreicht, intelligent gemacht, Wirkungsgrade zwischen 25 und 50 und mehr Prozent!

Absurd ist, dass der „Bürgerdialog Stromnetz“, als Veranstalter der ca. 3-stündigen Veranstaltung, nur einen „Bürger“ zu Wort kommen ließ. Auch die Themen Energiesparen und Energieeffizienz spielten keine Rolle. Das ist auch nicht erstaunlich, wenn man weiß, dass „Bürgerdialog Stromnetz“ von der Bundesregierung (Wirtschaftsministerium) eingerichtet wurde um den Widerstand von Bürgern gegen die geplanten HGÜ aufzuweichen, zu brechen und die Menschen einzulullen. Eine wirkliche Bürgerbeteiligung im Sinne von bauen oder nicht bauen, war zu keinem Zeitpunkt vorgesehen.

Der BUND Naturschutz Schweinfurt bietet dem Landrat Schneider ein vertiefendes Gespräch an.

Erich Waldherr

(Referent für Energiefragen des BUND Naturschutz Schweinfurt)